

Amerikas bester Freund?

Polens atlantizistisch-europäischer Kurs

Kai-Olaf Lang

Bei seinem Amerika-Besuch Mitte Januar hörte Polens Staatspräsident Kwaśniewski von Gastgeberseite viel Schmeichelhaftes. Präsident Bush bezeichnete Polen als »besten Freund der Vereinigten Staaten« in Europa, Außenminister Powell als »gleichwertigen Partner«. Obwohl diese Wertschätzung nicht neu ist, spiegelt sie in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage die besondere Loyalität Polens gegenüber den USA. Die weitgehende Solidarität mit den USA in der Irak-Frage sowie die Ende Dezember 2002 getroffene Entscheidung, die polnischen Luftstreitkräfte mit US-Kampfflugzeugen auszustatten, haben das positive Image Polens in den USA gefestigt. In Europa gibt gerade dies wiederum dem Verdacht eines polnischen Pro-Amerikanismus Nahrung. Sollte Polen sich in Zukunft als EU-Mitglied übermäßig mit amerikanischen Positionen identifizieren, würde es damit das Lager der prononciert amerikanischen und atlantisch orientierten Länder verstärken und gegebenenfalls die Koordination mit Großbritannien forcieren. In der Gegenrichtung könnte mittelfristig die EU-Mitgliedschaft zu einer stärkeren Europäisierung des polnischen Atlantizismus führen.

Während seines Aufenthalts in Washington hatte Polens Staatspräsident seinen amerikanischen Partnern versichert, daß Polen auch dann auf der Seite der USA stehen würde, wenn die diplomatischen und politischen Bemühungen um die Entwaffnung des Iraks erfolglos blieben und die Entscheidung für einen Krieg als letztes Mittel fallen würde. Polnische Einheiten würden sich an einer eventuellen Intervention beteiligen. Kwaśniewski konkretisierte damit eine unmittelbar nach Annahme der UNO-Resolution 1441 veröffentlichte, recht zurückhaltende offizielle Stellungnahme des polnischen Außenministeriums. Darin

wurde der Irak aufgefordert, sämtliche nach 1990 verabschiedete Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu erfüllen und insbesondere sein Arsenal an Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen zu vernichten. Die Annahme der Resolution wurde ebenso begrüßt wie die Erklärung des Iraks, ihr nachkommen zu wollen.

Ähnlich deutliche Worte wie Präsident Kwaśniewski wählte Außenminister Cimoszewicz in einer Grundsatzrede zur polnischen Außenpolitik am 22. Januar im polnischen Parlament. Wörtlich erklärte er: »Wir sind der Auffassung, daß eine ernsthafte Verletzung der Resolution 1441 durch

den Irak eine entschlossene Reaktion erfordert. Polen ist bereit, eine solche Reaktion zu unterstützen. Wir glauben weiterhin, daß sich die Probleme auf friedlichem Wege lösen lassen.« Auch der polnische Außenminister vertrat die Auffassung, eine bewaffnete Operation dürfe nicht prinzipiell ausgeschlossen werden, müsse aber »letztes Mittel« sein.

Vor seiner Rede im Sejm hatte Cimoszewicz sogar erklärt, Polen sei im Interesse der Legitimierung eines Angriffs auf den Irak an einer neuen Resolution des UN-Sicherheitsrats gelegen. Allerdings sei Warschau notfalls bereit, die Anwendung von Gewalt durch die USA auch ohne entsprechenden UN-Beschluß zu unterstützen, und das nicht nur politisch. In der Krisenregion befinden sich bereits seit längerer Zeit Soldaten der Eliteeinheiten GROM und Formoza sowie die Fregatte »Konteradmiral Xawery Czernicki«. Gegebenenfalls könnten Fallschirmspringer, Pioniere oder ABC-Abwehrexperthen entsandt werden. Der polnische Beitrag wäre aber auf jeden Fall »bescheiden«, so Cimoszewicz.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, daß Polens Premier Leszek Miller den Brief der acht europäischen Staaten unterschrieb, die den USA darin ihre Unterstützung zusicherten. Und das polnische Außenministerium verlautbarte nach der Rede von US-Außenminister Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, daß ohne »volle, sofortige und aktive Zusammenarbeit des Iraks die Anwendung anderer Mittel unabdingbar werden wird« (Kommuniqué, 6.2.2003).

F-16 für die polnische Luftwaffe

Die Ende Dezember 2002 verkündete Entscheidung, die polnischen Luftstreitkräfte mit der amerikanischen F-16 Falcon zu modernisieren, wurde offiziell mit den besseren technischen und wirtschaftlichen Parametern begründet, mit denen die französische (Mirage) und die britisch-schwedische (Gripen) Alternative nicht konkurrieren könne. Der Glaube an die Potenz und Zukunftsfähigkeit der amerikanischen

Industrie wird ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt haben. Eine politische Motivation für die Kaufentscheidung läßt sich indes schwerlich nachweisen.

Die Anschaffung von insgesamt 48 Jets ist zudem mit amerikanischen Offset-Investitionen verbunden. Der Bieter aus den USA hatte zunächst vollmundig 9,8 Mrd. Dollar in Aussicht gestellt. Wenngleich die polnische Auswahlkommission bei nüchterner Betrachtung realistischere 6 Mrd. Dollar errechnet hatte, versuchte Präsident Kwaśniewski dem Konzernchef von Lockheed Martin sogar noch eine Erhöhung der ursprünglich in Aussicht gestellten Summe abzuhandeln – offensichtlich mit wenig Erfolg. Auch die Bemühungen von Premierminister Miller Anfang Februar in den USA, wenigstens die 9 Mrd. Dollar zu sichern, blieben erfolglos. Verteidigungsminister Szmajdziński warnte sogar, Polen könnte seine Entscheidung noch revidieren und auf das schwedisch-britische Angebot (Gripen) zurückkommen.

Es bleibt abzuwarten, ob die kräftigen amerikanischen Offset-Investitionen der polnischen Rüstungsindustrie tatsächlich die erhofften wirtschaftlichen und technologischen Impulse geben und zur Dynamisierung der schwächelnden polnisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen beitragen werden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Realisierung derartiger Programme ist eher Zurückhaltung angebracht. Gleichwohl wird zu prüfen sein, inwieweit durch das zu erwartende amerikanische Engagement die Kooperation der polnischen Rüstungsindustrie mit europäischen Partnern beeinträchtigt wird.

Polens Gesellschaft und Amerika

Polens Politiker konnten sich bislang immer auf eine ausgeprägt pro-amerikanische Stimmung in der polnischen Gesellschaft stützen. Nach einer Anfang Januar 2003 veröffentlichten Umfrage des Warschauer Meinungsforschungsinstituts CBOS empfinden 58% der Polen Amerikanern gegenüber Sympathie – mehr als

gegenüber Angehörigen aller anderen Nationen. Auch im internationalen Vergleich gehört die polnische Gesellschaft eindeutig zur Gruppe der »Amerikanophilen«. Das Washingtoner Pew Research Center fand heraus, daß Amerika fast nirgendwo in Europa ein derart gutes Ansehen genießt wie in Polen.

Der Beteiligung an einer Militäroperation gegen den Irak steht allerdings auch die öffentliche Meinung in Polen skeptisch gegenüber. Anfang Februar 2003, so eine CBOS-Umfrage, waren 62% der Polen dagegen, daß Warschau eine eventuelle Militäraktion der USA unterstützt. Die Hälfte der befragten Polen kritisierte die Entscheidung Premierminister Millers, den erwähnten Brief der Acht zu unterschreiben (nur 29% waren dafür). Drei Viertel sprachen sich gegen die Entsendung polnischer Soldaten in die Golfregion aus.

Diese Zahlen sind jedoch nicht als Ausdruck einer neuen, amerikakritischen Grundströmung zu interpretieren. Sie bekunden eher die in ganz Europa anzutreffende Ablehnung militärischer Handlungen und die Furcht, in solche Handlungen verwickelt zu werden.

Ungeachtet der Umfrageergebnisse dürften sich die Amerika-Sympathien der polnischen Gesellschaft und großer Teile der politischen Klasse als stabil erweisen. Schließlich basieren sie auf einem historisch gewachsenen, überaus positiv aufgeladenen Amerikabild: Amerika steht für das, was Polen immer begehrt hat – Freiheit, Prosperität und Sicherheit. Die Nähe zu Amerika manifestiert sich in mannigfaltigen persönlichen und familiären Banden mit der großen Gruppe der polnischstämmigen Amerikaner, der *Polonia*. Diese sozialkulturellen Affinitäten bilden gleichsam das weiche Substrat des polnisch-amerikanischen Miteinanders.

Amerikanische Interessen

Den harten Kern der polnisch-amerikanischen Freundschaft bilden indes gleichgelagerte essentielle außen- und sicher-

heitspolitische Interessen. Auch wenn das Gewicht und die Möglichkeiten polnischer Außenpolitik realistisch eingeschätzt werden müssen, ist Polen doch ein wichtiger, ja privilegierter amerikanischer Partner in Europa.

- ▶ Durch seine politische Loyalität empfiehlt sich Polen als Mitglied internationaler Ad-hoc-Koalitionen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Anlehnung Polens gibt den USA die Chance, den klassischen amerikanisch-britischen Kern solcher Koalitionen zu vergrößern. Dabei geht es weniger um (begrenzte) militärische oder wirtschaftlich-finanzielle Beiträge, sondern um politische Unterstützung, die amerikanischen Aktionen mehr Legitimität verschaffen kann.
- ▶ Als gewichtigstes ostmitteleuropäisches Land kann Polen auch als Bannerträger und Kristallisationskern des Pro-Amerikanismus in seiner Region fungieren und pro-amerikanisch orientierte Länder oder Regierungen aus den ex-kommunistischen Reformstaaten um sich versammeln.
- ▶ Polen hat aus Sicht der USA eine wichtige Funktion für die Herstellung und Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit im östlichen Teil Europas. Seine Transformationserfolge dienen als Vorbild für den Reformprozeß der weiter östlich gelegenen Länder. Vornehmlich das Engagement für die Ukraine und Polens ostpolitischen Ambitionen werden in Amerika als wertvoller Beitrag zum Stabilitätstransfer gesehen. Der US-Botschafter in der Ukraine wies Anfang Januar einmal mehr auf die Bedeutung des trilateralen Dialogs zwischen Amerika, Polen und der Ukraine hin, wobei er die »bedeutende Rolle« des polnischen Präsidenten und anderer Warschauer Politiker unterstrich.
- ▶ Positiv schlug auch Polens Bemühen zu Buche, nach dem 11. September 2001 als regionaler Aktivposten bei der Terrorbekämpfung Profil zu gewinnen. Bereits im November 2001 fand hierzu in Polen

eine regionale Konferenz mit Staats- und Regierungschefs aus 17 Ländern statt, an der sich auch Präsident Bush per Videozuschaltung beteiligte.

- ▶ Polens im engeren Sinne militärische Beiträge gehen über punktuelle Verstärkung von US-Verbänden nicht hinaus. Mittelfristig könnte Polen als politisch zuverlässiger und sozialökonomisch stabiler Partner allerdings zu einem interessanten Standort für militärische Infrastruktur werden. Die Entscheidung darüber wird aber von geopolitischen und militärstrategischen Erwägungen sowie Risikoszenarien abhängen.
- ▶ Mit seinem EU-Beitritt wird Polen das Lager der atlantizistisch orientierten Länder verstärken. Insbesondere in der EU-Sicherheitspolitik wird es konsequent darauf achten, daß sich Europa nicht von Amerika »abnabelt«.

Polnische Interessen

Für Polen stehen im wesentlichen sicherheitspolitische und strategische Interessen im Zentrum der beiderseitigen Beziehungen. Zu den Hauptzielen der polnischen Außenpolitik nach 1989 gehört eine institutionell abgestützte sicherheitspolitische Anbindung an die Vereinigten Staaten. Dieses Ziel wurde mit der Aufnahme in die NATO erreicht. Ausschlaggebend für diese Zielsetzung waren zwei Beweggründe.

Zum einen, und dies war das Hauptmotiv, ging es Polen in den frühen neunziger Jahren darum, sich nach vier Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft und nach bitteren historischen Erfahrungen mit dem großen östlichen Nachbarn eine Rückversicherung vor traditionellen militärischen Sicherheitsrisiken zu verschaffen. Amerika, das über lange Jahre eine – aus polnischer Sicht – unnachgiebige Haltung gegenüber der Sowjetunion eingenommen hatte, schien mit seinem militärischen und vor allem nuklearen Potential den einzigen effektiven Schutz vor neohegemonialen Fehlentwicklungen im Osten zu bieten.

Im Laufe der vergangenen Dekade und insbesondere nach der Aufnahme in die NATO hat Polen ein im wesentlichen spannungsfreies Verhältnis zum neuen Rußland aufgebaut. Eine Bedrohung stellt Rußland in polnischen Augen vorwiegend als Epizentrum wirtschaftlicher, sozialer, politischer oder ökologischer Instabilität dar. Im Unterschied dazu wird das Lukašenko-Regime in Belarus von manchen polnischen Beobachtern als Quelle auch militärischer Sicherheitsrisiken angesehen.

Ein zweites, weniger stark betontes Motiv für die strategische Hinwendung nach Amerika resultiert aus einer stärker geopolitischen Selbsteinschätzung der polnischen Lage: »Ohne Amerikas Mitgliedschaft in der NATO und ohne amerikanische Militärpräsenz in Europa würde Deutschland aufgrund seines riesigen Wirtschaftspotentials zur dominierenden Macht auf dem Kontinent. Europa würde wieder in mehrere miteinander rivalisierende Blöcke zerfallen.« (Jan Nowak-Jeziorański). In dieser Lesart braucht Polen die USA als »Element des Gleichgewichts« zur Ausbalancierung Deutschlands und Rußlands.

Polens Wunsch nach einer abgesicherten Präsenz Amerikas in Europa und in der NATO wurde in den letzten Jahren und Monaten in ein neues Licht gerückt. Veränderungen im globalen wie europäischen Sicherheitsumfeld, neue Entwicklungen in der europäischen bzw. EU-Sicherheitspolitik (insbesondere ESVP), die Transformation der NATO sowie Spannungen im transatlantischen Verhältnis könnten längerfristig mit elementaren polnischen Interessen kollidieren. Besonders problematisch wäre für Polen, wenn

- ▶ die USA der NATO in ihrem strategischen Kalkül stetig weniger Bedeutung zumessen würden,
- ▶ Washington die massive amerikanische Militärpräsenz in Europa in Frage stellen würde,
- ▶ die sicherheitspolitische Verkopplung Europas mit den USA gelockert würde, was, so die Befürchtung, im Zuge der Entstehung eines autonomen euro-

päischen Sicherheitssystemen geschehen könnte,

- ▶ das transatlantische Verhältnis sich durch intensive Spannungen zusehends auflösen würde.

Polens Interessenlage erhielt nach dem 11. September 2001 zusätzliche Akzente. In sehr prononcierter Form definierte unlängst der Politikwissenschaftler Przemysław Żurawski Polens außenpolitische Handlungsimperative nach den Terroranschlägen von 2001 und im Angesicht eines möglichen bewaffneten Konflikts mit dem Irak. Polen, so Żurawski, müsse sich als treuer, stets zuverlässiger Verbündeter der USA in Mitteleuropa profilieren. Eine zu große Annäherung der USA an Rußland sei nicht in polnischem Interesse. Polen solle daher in der Irak-Frage Partei für Washington ergreifen, denn »ein eventueller Angriff der USA auf den Irak könnte zu einer Abkühlung der Beziehungen zu Rußland führen. Das ist aus Sicht der EU unerwünscht, liegt aber im Interesse Polens. Eine weitere Annäherung zwischen dem Westen und Rußland kann eine Erosion der politischen Stellung der Republik Polen und ihre Marginalisierung zur Folge haben.«

Ähnlich plädiert Radosław Sikorski, vormals stellvertretender Außenminister, dafür, Amerika auch ohne weitere UN-Resolution im Kampf gegen den Irak zu sekundieren. Als Lohn für Warschauer Solidarität werde sich Washington bei einer künftigen demokratischen irakischen Regierung dafür einsetzen, daß der Irak die Polen geschuldete Summe von 500 Mio. Dollar zurückzahle. Überdies machte es ein polnischer Schulteranschlag wahrscheinlicher, daß Washington seine bisher in Deutschland stationierten Truppen nach Polen verlegt. Verteidigungsminister Szmajdziński dementierte nach einem Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen jedoch, daß es solche Pläne gebe. Möglich sei allerdings, daß im Zuge der Umgestaltung der NATO-Kommandostruktur auf polnischem Territorium ein Regionalkommando seinen Sitz finde.

Positionen wie die beiden vorgestellten bilden zwar nicht die Haltung der polnischen Regierung ab, spiegeln aber in vielerlei Hinsicht die Haltung des großen amerika-orientierten Segments in der außen- und sicherheitspolitischen Gemeinschaft Polens wider. Und sie lassen sich durchaus an die Überlegungen zur Stärkung der polnisch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft und der polnischen Sicherheitsinteressen anschließen, die – jenseits der Irak-Frage – bereits in der offiziellen polnischen Außenpolitik ihren Niederschlag gefunden haben.

Das gilt etwa für die positive Aufnahme der NATO Response Force (NRF), eine der »vielversprechendsten Initiativen der amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit« (Präsident Kwaśniewski). Der Erfolg dieses vielleicht letzten Projekts im Rahmen der NATO, dem die Vereinigten Staaten noch große Bedeutung zuschreiben, ist für Polen überaus relevant. Insgeheim mag man sich in Warschau erhoffen, daß sich die NRF – trotz offiziell proklamierter Kompatibilität zur Europäischen Rapid Reaction Force – als Konkurrenz zur Helsinki-Truppe erweisen könnte, weil damit der von den USA unabhängigen ESVP Dynamik genommen würde.

Offen stand man in Polen von Anfang an auch den amerikanischen Raketenabwehrplänen (Missile Defense, MD) gegenüber. Zwar wurde der weitgehende Zuspruch, der vor einiger Zeit aus den Reihen von Verteidigungsministerium und Generalstab kam und Offerten zur Stationierung technischer Komponenten einschloß, insbesondere vom Außenministerium etwas abgeschwächt, grundsätzlich aber Wohlwollen demonstriert. Der einzige Vorbehalt war, daß ein Abwehrsystem das gesamte NATO-Territorium überspannen sollte. Nachdem die Diskussion über die Raketenabwehr zwischenzeitlich abgeebbt ist, könnte sie auch in Polen aufgrund neuer Bedrohungswahrnehmungen sowie polnischer Erwägungen, als integraler Bestandteil Funktionen in einer eventuellen atlantischen Raketenabwehr zu übernehmen, wieder an

Intensität gewinnen. So forderte kürzlich der Sicherheitsexperte Grzegorz Kostrzewa-Zorbas, Polen solle sich um die Dislozierung von MD-Elementen auf polnischem Territorium bemühen. Dadurch könne ein »Anker des amerikanischen Engagements in Polen und Mitteleuropa« geschaffen werden. Gleichzeitig würde Polen strategisch aufgewertet und in die »erste Liga« der internationalen Politik aufrücken.

Wie in diese fließt seit einiger Zeit auch in andere polnische Reflexionen über die Freundschaft mit den USA neben sicherheitspolitischen Interessen ein grundsätzlicheres politisches Motiv ein. Die spezielle Beziehung zu Amerika, so das Kalkül, verleiht Polen in der internationalen bzw. europäischen Politik mehr Gewicht, als dies seiner territorialen Ausdehnung, seinem wirtschaftlichen Potential und seinen militärischen Fähigkeiten entspricht. So ist der stellvertretende Außenminister Adam Rotfeld der Auffassung, daß seinem Land im Rahmen der EU und im Verhältnis zu Rußland ein um so höherer Rang zufallen werde, je enger Polens Beziehungen zu den USA seien. Mit Blick auf die nahende EU-Mitgliedschaft könnte Polen also seine Spezialbeziehung als Hebel nutzen, um Einfluß in der Union auszubauen und seine Position in Mitteleuropa aufzuwerten.

Differenzierte innerpolnische Amerika-Diskussion

Vor dem Hintergrund des Irak-Konflikts hat in Polen eine Debatte eingesetzt, in der die vorherrschende amerikafreundliche Haltung kritisch beleuchtet wird. Polens früherer Verteidigungsminister Onyszkiewicz warnt vor einer »Vasallisierung« seines Landes. Wenn Polen immer reflexartig auf die amerikanische Linie einschwenke, verliere es – entgegen der bisher dominierenden Meinung – in der EU an Einfluß und verspiele die Position eines wichtigen Partners. Zdisław Najder, ein profilierter Publizist, wirft der polnischen Politik »naiven Pro-Amerikanismus« vor und nennt Beispiele, wo die amerikanische Politik pol-

nischen Zielen grundlegend zuwiderläuft (etwa nachsichtige Haltung gegenüber Rußland im Tschetschenien-Konflikt). Nach Ansicht des linken Publizisten Janusz Rolicki hatte Polens Liebe zu Amerika insofern stets »irrationale« Züge, als die USA in entscheidenden historischen Situationen »für die polnische Sache nicht einmal einen Knopf riskiert« hätten.

Die Meinungen darüber, wie weit die Loyalität zu den USA gehen soll, variieren in jedem Segment des politischen Spektrums. Verfechter einer engen Anlehnung an die USA (die in der Regel gleichzeitig für eine Stärkung der europäischen Orientierung eintreten) finden sich sowohl auf der polnischen Rechten, also etwa in der konservativ-liberalen *Bürgerplattform* oder der patriotischen *Recht und Gerechtigkeit* (hier kombiniert mit einem moderaten Europa-Skeptizismus), als auch in der regierenden Linksallianz (SLD). Unter den Kritikern eines solchen Kurses sind Politiker aus der exkommunistischen SLD ebenso wie liberal und konservativ eingestellte Persönlichkeiten. Bislang hat sich die lebhaftere jüngere Diskussion über Polens Verhältnis zu Amerika aber noch nicht in der Bestimmung außenpolitischer Positionen niedergeschlagen.

Polen in der EU: Europäisierung oder Atlantizismus?

Wie wird sich Polen als EU-Mitglied verhalten? Wo wird es sich in den europäisch-amerikanischen Auseinandersetzungen verorten? Prinzipiell wären zwei Extrempositionen denkbar:

1. Polen wird sich sukzessive »europäisieren«.
2. Polen wird sich noch stärker pro-amerikanisch profilieren. Bisherige europäische Akzentsetzungen würden als taktische Mittel zum dann erreichten Zweck allmählich aufgegeben.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit beider Entwicklungen ist eher gering. Ob eine von beiden Oberwasser gewinnt, hängt vom Zusammenspiel zahlreicher Faktoren ab.

Die Macht des Geldes. Anhänger der Europäisierungsthese verweisen auf die wirtschaftliche Verflechtung mit der Europäischen Union, die auch politisch zur Geltung kommen werde. In der Tat ist diese Verflechtung weit stärker entwickelt als jene mit Amerika. Lediglich 3% der polnischen Exporte gehen in die USA, aber ganze 70% wickelt Polen mit den Ländern der Europäischen Union ab. Auch bei den in Polen getätigten Auslandsinvestitionen hinken amerikanische Anleger den europäischen deutlich hinterher (nur ein Siebtel kommt aus Amerika). Den substantiellen Finanztransfers etwa im Rahmen der europäischen Struktur- und Agrarpolitik für das EU-Mitglied Polen steht keine ähnlich große US-Hilfe gegenüber. Doch läßt sich von der Intensität der wirtschaftlich-finanziellen Beziehungen nicht mechanisch auf die außenpolitische Orientierung rückschließen. EU-Mitgliedsländer, die aktuell von der finanziellen Umverteilung profitieren, zeigen sich in ihrer außenpolitischen Kursbestimmung davon unbeeindruckt. Außerdem bestehen in Polen weit verbreitete Zweifel an der Leistungskraft der europäischen Wirtschaft. Daher ist man bemüht, die ökonomischen Kontakte mit den USA auszubauen, um stärker an der vermeintlich zukunftsfähigeren und überlegenen amerikanischen Volkswirtschaft zu partizipieren.

Bedrohungsperzeption im Wandel. Einer verbreiteten Einschätzung zufolge wird der Risikofaktor Rußland in der polnischen Bedrohungswahrnehmung noch weiter in den Hintergrund rücken und schließlich ganz verschwinden. Voraussetzungen dafür sind die Mitgliedschaft Polens in den westlichen Strukturen, Rußlands Kooperation mit dem Westen und eine weitere Stabilisierung und Transformation in Rußland. Auch gegenüber dieser Einschätzung ist Vorsicht angebracht. Rückschläge in Rußland würden alte Bedrohungsmuster rasch wiederbeleben. Defizite in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, autoritäre Tendenzen oder ein »ruppiger Umgang« mit Staaten in Rußlands »nahem Ausland« werden in

Polen ohnehin sensibel registriert. Ein reales Risiko wird überdies in Belarus gesehen. Polnische Verteidigungsexperten halten zumindest eine »Destabilisierungskrise in der Nähe der polnischen Grenze« (General B. Balcerowicz) für möglich. Selbst wenn Rußland und der »Osten« aber durch ein neues Prisma gesehen würden, hieße dies nicht, daß Amerika keine Rolle in Polens Politik gegenüber Rußland zu spielen hätte. Rußland, so Ex-Außenminister Olechowski vor einigen Wochen in der *Gazeta Wyborcza*, müsse einen Platz in Europa finden. Da dieser nicht in der EU sein könne, sei eine »Konstruktion notwendig, die Amerika einbezieht«.

NATOs neue Kleider. Bislange unterschätzt wurden die möglichen Folgewirkungen der Einbindung Rußlands in die NATO, des Wandels, den der Charakter der Allianz durchläuft, sowie eines weiteren *rapprochements* zwischen den USA und Rußland. Sollten sich diese Prozesse fortsetzen bzw. sollte ungeachtet polnischer Bemühungen eine weitere Entfremdung zwischen Amerika und Europa eintreten und damit die Rolle der Allianz für die USA in Frage stehen, könnte die NATO auch für Polen an Anziehungskraft verlieren. Möglicherweise würde sich die EU dann für Polen als funktionales Äquivalent darstellen. Dazu müßten jedoch einige Voraussetzungen gegeben sein. Vermutlich müßte in der EU ein sicherheits- und verteidigungspolitischer Konsens über eine wie auch immer geartete Beistandspflicht gefunden werden. Außerdem dürfte Rußland nicht übermäßig stark in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) involviert werden, da sonst ähnliche Entwicklungen wie im Falle NATO-Rußland eintreten könnten. Sollte vor diesem Hintergrund die EU für Polen strategisch bzw. sicherheitspolitisch interessanter werden, als sie es bis dahin war, wäre ein gesteigertes polnisches Engagement in Sachen ESVP zu erwarten. Gleichzeitig würde sich Polen wohl stärker für eine aktivere Profilierung der EU als außenpolitischer und militärischer Akteur mit globaler Reichweite einsetzen. Dafür

sprache nicht zuletzt, daß Europa auf diese Weise zu einem attraktiveren Partner für die USA würde.

Polen als europäische »Mittelmacht«.

Polen möchte in der EU nicht abseits stehen und keinesfalls in eine EU-interne Peripheriesituation geraten. Es will statt dessen durch aktive Teilnahme an den zentralen Projekten der europäischen Integration seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen. Da Polen Ambitionen auf die Rollen einer regionalen »Führungsmacht« in Ostmitteleuropa und eines Stabilitätsexporteurs Richtung Osteuropa hat, braucht es mehr und nicht weniger Europa und somit auch die Unterstützung der wichtigsten Partner in der EU. Polen wird sich nicht dauerhaft durch einseitige pro-amerikanische Positionen von Frankreich oder Deutschland entfernen wollen.

Europäisches Milieu. Die jüngsten Debatten über Warschauer Haltung zur Irak-Frage haben gezeigt, daß die grundsätzlich pro-amerikanisch eingestellte politische Klasse durchaus gewisse Schattierungen aufweist. Die Wochenzeitschrift *Wprost* identifizierte in diesem Zusammenhang drei Politikertypen: »Amerikaner«, »Europäer« und Verfechter eines eigenen polnischen Wegs (*swójacy*), wobei gegenwärtig die »Amerikaner« den beliebtesten Typus bildeten. Man könnte sich vorstellen, daß das Lager der »Europäer« nach dem polnischen EU-Beitritt verstärkt wird, da sich die polnische Politik zunehmend mit europäischen Problemen auseinandersetzen, aber vielleicht auch mit europäischer Politik identifizieren wird. Möglicherweise werden diese »Europäer« Teil eines neuen »europäischen Milieus« sein, zu dem etwa bestimmte Gruppen von Geschäftsleuten oder politisch-administrative Akteure gehören, die mit europäischen Strukturen zu tun haben oder in solche Strukturen eingebunden sind. Nicht auszuschließen ist auch, daß eine stärker europäisch gesinnte Generation auf den Plan treten wird.

Die polnische Außenpolitik ist bemüht, dem Vorwurf der Amerika-Lastigkeit ent-

gegenzutreten. Der Kurs auf die Vereinigten Staaten wird nicht als Anlehnung verstanden, sondern als aktive Kooperation mit der Wirkung eines Beispiels für andere europäische Staaten. Immer wieder wird eine Wahl zwischen Amerika und Europa abgelehnt. Man wolle sich nicht, so die von Außenminister Cimoszewicz und anderen gerne zitierte Sentenz, »für Vater oder Mutter entscheiden«.

Die gegenwärtige Situation zeigt, daß Polen sich jedenfalls nicht gegen Europa entscheidet. Das ist schon deswegen nicht möglich, weil es zur Irak-Krise und generell zur amerikanischen Politik der letzten Jahre keine einheitliche europäische Haltung gibt. Polen neigt momentan sichtlich eher der amerikanischen Politik zu und nähert sich damit den Positionen derjenigen Kräfte und Länder in Europa an, die sich traditionell zu Washington hingezogen fühlen.

Entschiedenere Tendenzen in Richtung Europäisierung werden auf jeden Fall erst mittel- und langfristig zum Zuge kommen. Der EU-Beitritt allein wird nicht zur Folge haben, daß den Vertretern der vorherrschenden politischen Strömungen des Landes das europäische Hemd näher sein wird als die amerikanische Hose (Janusz Rolicki). Polens neue politische Lebenswirklichkeit als EU-Mitglied und seine Furcht, durch plumpen Pro-Amerikanismus in Europa an Einfluß zu verlieren, werden aber dazu beitragen, daß Polen sich nicht als Amerikas »trojanischer Esel« (Zdzisław Najder) gebärden wird. Polen wird wie bisher nicht danach streben, daß Amerika in seiner Außenpolitik einen Primat genießt. Es wird vielmehr den bereits eingeschlagenen Kurs eines »europäischen Atlantizismus« zu halten suchen, also einer Politik des Sowohl-Als-auch, deren oberstes Ziel eine enge Bindung zwischen Europa und Amerika ist. Die Akzente dieser Politik können durchaus wechseln, werden sich aber in der Regel dem Gebot der Aufrechterhaltung des transatlantischen Nexus beugen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org